



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 18:06 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gespräch mit der Stabsstelle „Demografischer Wandel, Einsamkeit“
der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Ein-
samkeit“** **5**
Vorlage 18/2190 (nachträglich erschienen)

- 2 Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes** **18**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5940

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7752

Ausschussprotokoll 18/434 (Anhörung vom 06.12.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern! 19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135

Ausschussprotokoll 18/354 (Anhörung vom 27.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion ab.

4 Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4559

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4670

Ausschussprotokoll 18/396 (Anhörung vom 08.11.2023)

– Wortbeiträge

5 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben! 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

Ausschussprotokoll 18/419 (Anhörung vom 22.11.2023)

– Wortbeiträge

6 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

Ausschussprotokoll 18/444 (Anhörung vom 07.12.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

7 Betroffene von Folgeerkrankungen einer (Corona-)Impfung (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und FDP [s. Anlage 1]) 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2107

– Wortbeiträge

8 Ergebnisse der 100. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 6. und 7. Dezember 2023 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2095

– Wortbeiträge

- 9 Schulen für Gesundheitsfachberufe** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2127
– Wortbeiträge
- 10 Aufbau von Muttermilchbanken in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **33**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2139
– Wortbeiträge
- 11 Schließung der Aphasie-Station an der Uniklinik Aachen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **35**
– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge
- 12 Verschiedenes** **39**
– keine Wortbeiträge

5 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

Ausschussprotokoll 18/419 (Anhörung vom 22.11.2023)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 25.08.2023)

Alle Sachverständigen bekräftigten, wie berechtigt der Antrag sei, greift **Susanne Schneider (FDP)** auf. Es gehe nicht an, dass der Verdienst im Praktischen Jahr unter dem BAföG-Höchstsatz liege. Die Studierenden arbeiteten während des Praktischen Jahres in Vollzeit am Patienten, hätten nur einen Anspruch auf 30 Fehltage und könnten sich keine krankheitsbedingten Ausfälle erlauben.

Gerne werde argumentiert, dass man sich während des Praktischen Jahres noch im Studium, also in der Ausbildung befinde. Während das Referendariats im Lehramts- oder Jurastudium, das ja ebenfalls noch während des Studiums absolviert werde, gebe es eine deutlich höhere Vergütung.

In der letzten Wahlperiode seien viele Maßnahmen ergriffen worden, um junge Menschen für den Arztberuf zu begeistern. Daher dürfe man sie auf keinen Fall schon während des Praktischen Jahres vergraulen, weil das Jahr im Ausland oder in anderen Bundesländern deutlich besser vergütet werde oder sie währenddessen schon einen Burn-out erlitten.

Aus der Anhörung gehe klar hervor, dass es uneinheitliche Regelungen in Bezug auf die Vergütung während des Praktischen Jahres gebe, erklärt **Daniel Hagemeier (CDU)**.

In Nordrhein-Westfalen werde das Praktische Jahr im Medizinstudium an acht Universitätskliniken mit insgesamt 180 Lehrkrankenhäusern absolviert. Es gehöre zur ärztlichen Ausbildung. Die Studierenden genossen in der Sozialversicherung einen Sonderstatus, da sie als Pflichtpraktikanten gälten, weswegen sie nicht dem Arbeitsrecht unterstellt seien. Die Studierenden arbeiteten in Vollzeit und könnten nicht nebenher ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis eingehen. Das Praktische Jahr gehöre zur ärztlichen Ausbildung.

Im letzten Jahr habe es einen Austausch zwischen der Landesregierung und den medizinischen Fakultäten zur uneinheitlichen Vergütung gegeben. Weitere Erkenntnisse würden also erwartet.

Ein erstes Fazit könne sein, dass die Neuregelung der ärztlichen Ausbildung erfolgen müsse, bessere Rahmenbedingungen benötigt würden und eine einheitliche Vergütung angestrebt werden sollte.

Die Sachverständigen stimmten dem Antrag zu, führt **Rodion Bakum (SPD)** an. Er hebt hervor, dass es nicht nur um die Vergütung, sondern auch um die Fehlzeiten gehe.

Dass Studierende als Zuschauer an der Anhörung teilgenommen hätten, zeige das Interesse an und die Relevanz des Themas. Laut der Studierenden komme es auch auf die Kultur in den Kliniken an. Dazu könnten zwar keine direkten Regelungen getroffen werden, doch könnten Rahmenbedingungen für die Ausbildung geschaffen werden, die zu einer Verbesserung führen könnten.

Eine im Rahmen der Anhörung geäußerte Idee, die im Weiteren aufgegriffen werden könne, sei die vorgeschlagene Mindestzeit zwischen dem letzten Arbeitstag und der Prüfung.

In der Anhörung sei die massive und vielfältige Problemlage deutlich geworden, meint **Jule Wenzel (GRÜNE)**. Sie treffe vom Bund über das Land bis zum einzelnen Krankenhaus alle Ebenen.

Für besonders beeindruckend halte sie die Stellungnahme der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland. Darin werde auch eine mangelnde Anleitung und Unterrichtung beklagt. Dies gehe nicht nur zulasten der Studierenden, sondern auch der Patientinnen und Patienten. Es brauche also einen Kulturwechsel in den Krankenhäusern.

Die derzeitigen Zustände in Bezug auf Urlaub und Krankheit gingen nicht an. Dass es keine Möglichkeit gebe, sich offiziell krankzumelden, hielten die Grünen für einen großen Fehler.

Da der Anhörung zahlreiche Anregungen entnommen werden könnten, danke sie für die Gelegenheit, sich zu dem Thema auszutauschen.

Der Tatsache, dass Medizinstudenten schon beigebracht werde, sich krank zur Arbeitsstelle zu begeben und so gegebenenfalls mit einer Infektionskrankheit in einem sensiblen Bereich tätig zu sein, liege ein fragwürdiges Gesundheitsverständnis zugrunde, so **Dr. Martin Vincentz (AfD)**.

Insgesamt habe die Anhörung einige Missstände zutage gefördert, die wegen der Regelungen in Bezug auf das Praktische Jahr leider zum Alltag gehörten. Dem Antrag der FDP-Fraktion, die im Grunde die Forderungen der Bundesvereinigung der Medizinstudierenden in Deutschland aufgreife, könne nur zugestimmt werden.